ROTE POST

Nummer 32 | September 2020

3 WIE DIE IMPERIALISTEN IHRE KRISE ABWÄLZEN
International

6 WIRECARD
BRD

8 UNSERE FARBE? ROT!
Frauen

10 S-BAHN VERKAUFEN, LÖHNE DRÜCKEN
Berlin

12 CORONA IM KRANKENHAUS
Hamburg

14 ICH UND MEINE MASKE
Bremen

16 INTERVIEW: POLIZEIGEWALT
Baden-Württemberg

18 BREAKING WITH OLD IDEAS – REZENSION
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell ist deutlich zu sehen, wie sich der Klassenkampf in der BRD, im Lichte der Überproduktionskrise des Imperialismus und dem Ausnahmezustand des bürgerlichen Staates, verschärft.

Beispielhaft dafür sind die Hausdurchsuchungen bei der Gruppe „Roter Aufbau" in Hamburg. Am 31. August traten Polizisten in Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen in insgesamt 28 Objekten die Türen ein und durchsuchten sie. Die meisten davon waren in Hamburg. Insgesamt werden 24 Personen als Verdächtige aufgeführt. Der Vorwurf soll ein Verfahren nach §129 sein, der Paragraph, der öfter eingesetzt wird, wenn es darum geht, revolutionäre Gruppen zu attackieren und zu kriminalisieren. Dieser Angriff findet statt in einem Moment, wo der deutsche Staat verzweifelt versucht, die Reihen hinter der parlamentarischen Demokratie zu schließen, wofür er solche Provokationen wie in Berlin vor dem Bundestag benutzt. Gleichzeitig wird weiter daran gearbeitet, demokratische Rechte weiter einzuschränken und abzuschaffen durch den Ausnahmezustand. Vor diesem Hintergrund ist es für die revolutionäre Bewegung notwendig, eine gemeinsame Front gegen die Repression des Staates zu bilden und die Meinungsunterschiede und andere Querelen in den Hintergrund zu stellen. In diesem Rahmen hat sich auch schon in der gesamten BRD und darüber hinaus eine Solidaritätskampagne mit dem „Roten Aufbau" entwickelt.

Dieser Angriff auf einen Teil der revolutionären Bewegung reiht sich ein in eine Reihe anderer Vorfälle, wie z.B. die tätlichen Angriffe und Misshandlungen auf Jugendliche durch Polizisten, von denen sich die Berichte häufen. In Baden-Württemberg haben Genossen mit einer Betroffenen ein Interview dazu geführt. Ermutigt durch den Ausnahmezustand denkt jeder Bulle in der BRD, er könne tun und lassen was er will. All das ist eine Entwicklung, in der es eine steigende Tendenz zu polizeistaatlichen Methoden gibt. Die Parole für die revolutionäre Bewegung in diesem Moment muss darum sein: **Gegen den Polizeistaat BRD: Kämpft und wehrt euch!**

In der letzten Ausgabe schrieben Genossen aus Berlin über die Frage der Schule im imperialistischen System und dass die (jungen) Proletarier sich den Lügen der Bourgeoisie, die ihnen dort eingetrichtert werden, widersetzen müssen. Das ist selbstverständlich richtig. Aber gleichzeitig muss auch der Kampf in den Schulen und Universitäten entwickelt werden, dass die Arbeiterklasse Zugang zu einer guten Bildung erhält. Aber ohne dabei Illusionen zu haben, vollständig das Ziel innerhalb des imperialistischen Systems zu erreichen. Über die Problematik dieses Kampfes gegen die bürgerliche Bildung ziehen wir in dieser Ausgabe im Kulturteil beispielhaft den chinesischen Film „Breaking with old Ideas" aus der Periode der Kulturrevolution heran.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

WIE DIE IMPERIALISTEN IHRE KRISE AUF DIE UNTERDRÜCKTEN NATIONEN ABWÄLZEN

Das imperialistische System ist von immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen geprägt. Sie sind ein fester Bestandteil und tief im Wesen des Imperialismus verankert. In einer solchen Wirtschaftskrise, die eine Überproduktionskrise ist, befindet sich das System auch aktuell wieder. Es ist nicht irgendeine Krise, es ist die schwerwiegendste Überproduktionskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Hier in der BRD hat die ökonomische Krise bei den Massen auch sichtbare Spuren hinterlassen. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Pleite gehende Geschäfte und wachsende Armut ist, wie die Krise hierzulande auf die Massen abgewälzt wird. Doch nur, weil die Überproduktionskrise der Produktionsweise des Imperialismus entspringt, heißt das nicht, dass die imperialistischen Länder und ihre Völker die Last der Krise hauptsächlich zu tragen haben. Die Imperialisten sind geübt darin, Leid und Elend auf die Völker der Welt zu bringen und scheuen vor nichts zurück, wenn es darum geht, sich aus einer Misere herauszuwinden. Darum wälzen die Imperialisten ihre Krisen hauptsächlich auf die Länder der Dritten Welt, die unterdrückten Nationen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, ab. Hierfür haben sie verschiedene Methoden, die alle gemein haben, dass der Großteil der Weltbevölkerung darunter leidet.

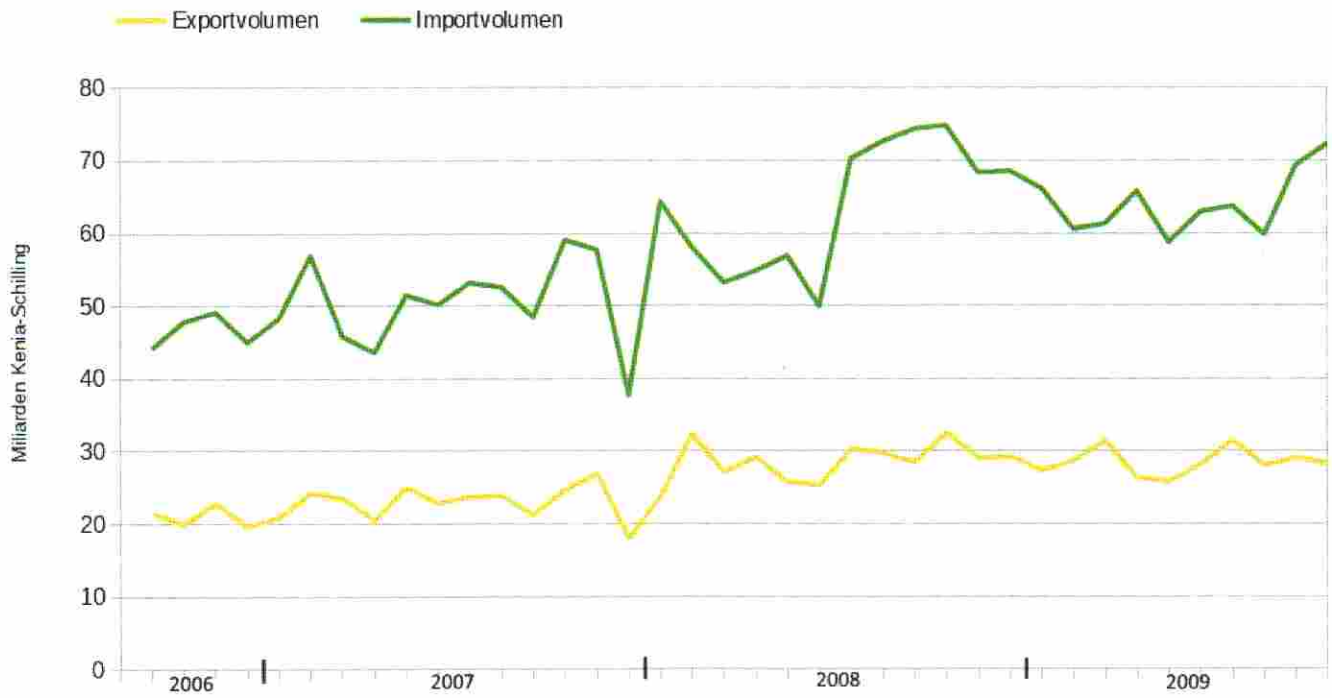
Rohstoff- und Warenpreise werden gedrückt

Für die Imperialisten steht immer im Vordergrund, die unterdrückten Länder zu kontrollieren sie auszubeuten. Um die Grundlage dafür zu schaffen, versuchen die Imperialisten, die Wirtschaft in den unterdrückten Ländern auf ein, zwei Produkte zu konzentrieren, die dann in die imperialistischen Länder exportiert werden. Das bedeutet auch, dass das wirtschaftliche Wohlsein dieser Länder abhängig von den Produktionszweigen ist, auf die sich das jeweilige Land spezialisiert hat. Wenn der Preis einer dieser Waren oder Rohstoffe gedrückt wird und der Wert sinkt, bedeutet das tiefe Einschnitte und schwere Folgen für diese Länder. Und diese Situation besteht aktuell: Durch die Überproduktion und den darauffolgenden Stopp der Produktion in den imperialistischen Ländern wurden viele Rohstoffe aus den unterdrückten Ländern nicht mehr nachgefragt. Und wo keine Nachfrage ist, sinkt in der Regel der Preis. Durch den Preisabfall sind die Länder dann also dazu gezwungen, Rohstoffe für weniger Geld anzubieten. Das treibt die Wirtschaften des Landes in den Bankrott.

Nehmen wir als Beispiel afrikanische Länder: Der Preis von Kupfer, Eisenerz oder anderen Mineralen und Metallen fiel in den Keller. Auch Exportgüter wie Kakao, Kaffee oder Blumen aus Ländern wie Äthiopien oder Kenia, die *hier* eine zentrale Rolle spielen, wurden durch die gesunkene Nachfrage billiger, was zum verschärften Bankrott der Wirtschaften dieser Länder beiträgt. Aber auch der lokale Handel, der für die Versorgung der Bevölkerung vor Ort verantwortlich ist, wie z.B. die Bauern, leiden unter der Überproduktionskrise der Imperialisten. Durch die ökonomische Abhängigkeit der unterdrückten Nationen haben die Imperialisten freie Hand, ihre Produkte, die sie sonst auf dem Markt nicht mehr loswerden, in die Länder zu exportieren. Durch Druck erreichen die Imperialisten, dass sie dort z.B. keine Zölle usw. zahlen müssen; dadurch ist es ihnen möglich, ihre Waren, die sie im Überschuss haben, billig in den unterdrückten Ländern loszuwerden. So war es z.B. auch bei der letzten Krise 2008 (siehe Grafik zu Kenia). Damit sorgen sie dafür, dass die Händler vor Ort nicht mehr mit den Preisen mithalten können und ihre Waren entweder nicht mehr loswerden oder zu Dumpingpreisen verkaufen müssen.

Hilfe oder Ausplünderung?

Die Imperialisten haben verschiedene Methoden, um die unterdrückten Länder in Abhängigkeit zu halten. Zum einen gibt es die direkten Kapitalanlagen, auf die hier aber nicht eingegangen werden soll. Viel interessanter sind im Zuge der ökonomischen Krise die sogenannten „Hilfen". Die Imperialisten bieten den unterdrückten Ländern „Hilfspakete" an, angeblich, um ihnen wieder auf die Beine zu helfen. Eine der wichtigsten Institutionen, die diese „Hilfen" stellt, ist die Weltbank. Die Weltbank ist eine sogenannte „multinationale Entwicklungsbank", die sich darauf spezialisiert hat, in Länder der Dritten Welt zu investieren und ihnen so angeblich bei ihrer Entwicklung zu helfen. Alle imperialistischen Länder



Entwicklung des Ex- und Imports in Kenia im Zeitraum um die „Finanzkrise" 2008: Nach dem Einbruch Ende 2007 erreichen die Exporteinnahmen ungefähr wieder den gleichen Wert wie zuvor, die Importe hingegen nehmen stark zu, Kenia mit mit ausländischen Waren „überschwemmt".

haben ihre Finger bei der Weltbank mit im Spiel, sodass zum einen unterschiedliche imperialistische Länder in ein Land investieren. Andererseits ist die Weltbank aber auch geführt von der einzigen hegemonialen imperialistischen Supermacht, den USA, die also bestimmen können, wessen Kapital wohin fließt. Aber für die Empfängerländer haben diese „Hilfen" im Allgemeinen wenig positive Effekte, denn das Geld gibt es nicht für umsonst: Zwang zu Investitionen, die in der Regeln den Imperialisten nutzen, hohe Zinsen und bestimmte Rückzahlungsbedingungen, aber auch bestimmte Bedingungen für die Ökonomie und Politik, wie z.B. Privatisierung des Bildungs- oder Gesundheitssektors, sind an das Geld geknüpft. So werden die Länder in direkter Abhängigkeit zu den imperialistischen Ländern gehalten.

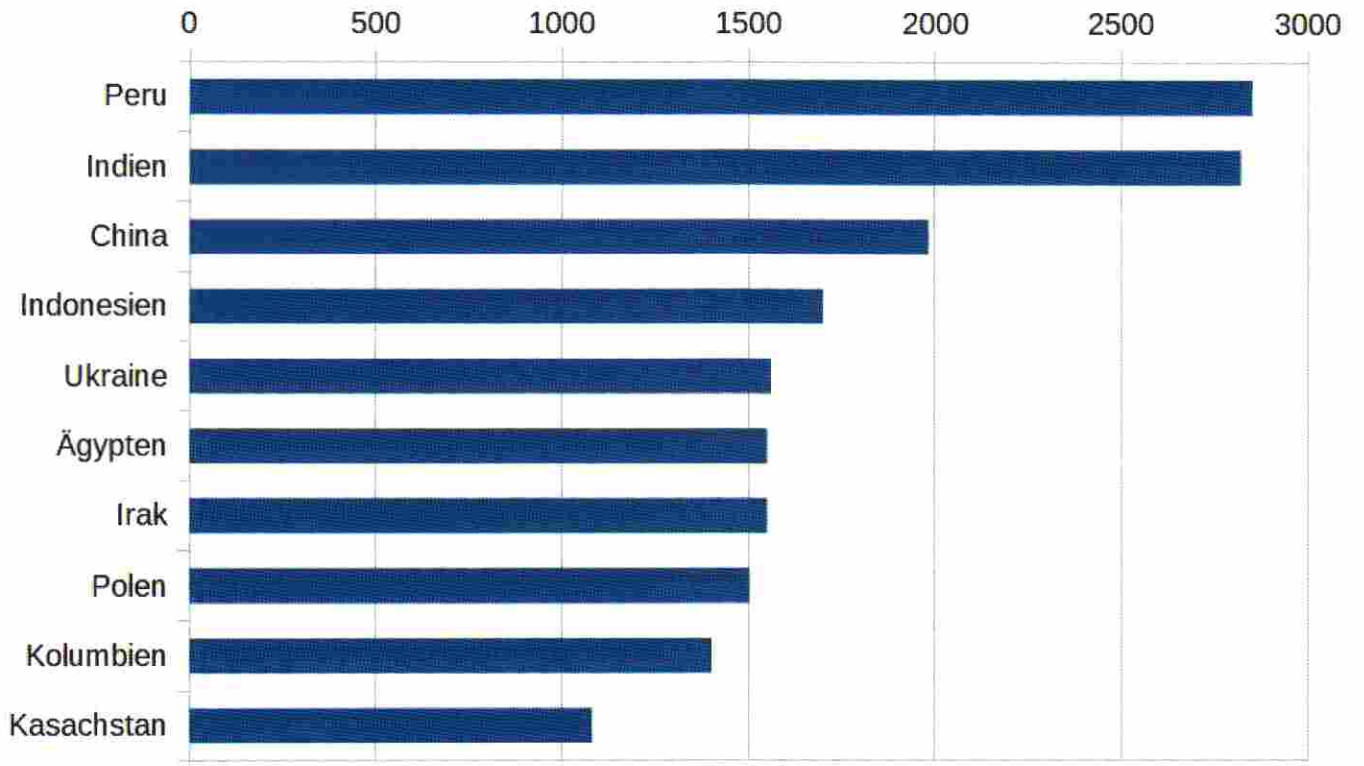
Auch in der aktuellen Krise hält die Weltbank selbstverständlich nicht die Füße still, zumal die Krise großes Potential mit sich bringt, die Ausplünderung der unterdrückten Nationen weiter voranzutreiben. Auf *„Rekordniveau"*, wie die Weltbank selbst schreibt, wurde ein Hilfspaket bewilligt, das umgerechnet ca. 135 Milliarden Euro umfasst und 100 sogenannten „Entwicklungsländern" in der Überproduktionskrise helfen soll. In diesen 100 Ländern leben insgesamt 70 Prozent der Weltbevölkerung (Im Vergleich betrug das Konjunkturpaket für die deutsche Wirtschaft 1,2 Billionen Euro). Die „Hilfen" werden in Form von Krediten und Investitionen ausgezahlt und dienen laut Weltbank dazu, die wirtschaftliche Erholung zu fördern und den privaten Sektor zu erhalten. Doch was heißt das im Endeffekt? Grundlegend befinden sich die unterdrückten Nationen in einer vollständigen ökonomischen Abhängigkeit zu den Imperialisten. Durch Kapitalexport, also das Ansiedeln von ausländischem Kapital aus den imperialistischen Ländern in die unterdrückten Nationen, folgt eine ökonomische Ausbeutung. Denn die Gewinne, die z.B. durch Investitionen erzielt werden, bleiben nicht in den unterdrückten Nationen, sondern fließen als Extraprofite zurück in die Taschen der Imperialisten. Diese Abhängigkeit, die in der ganzen Dritten Welt auf die eine oder andere Art und Weise stattfindet, wird von der Weltbank durch die Investitionen und ihre sogenannte Hilfe vertieft. Es ist nicht die wirtschaftliche Entwicklung der unterdrückten Nationen, die gestärkt wird, sondern die halbfeudale und halbkoloniale Unterdrückung durch den Imperialismus, der einen bürokratischen Kapitalismus, abhängig von den ausländischen Imperialisten in den unterdrückten Nationen,

entfaltet. Somit sind die „Hilfen", dazu gehört auch die sogenannte Entwicklungshilfe, ein Teufelskreis aus Abhängigkeit und Ausbeutung, die von den Imperialisten genutzt werden.

Die Völker leiden direkt

Die Völker der unterdrückten Nationen haben stark unter der Last der Überproduktionskrise zu leiden. Der Hungertod birgt in vielen Teilen der Dritten Welt eine größere Gefahr als der Tod durch die Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Thailand ist ein gutes Beispiel, um zu sehen, welche direkten Folgen die Wirtschaftskrise für das Volk hat. Das südostasiatische Land lebt von Warenexport und Tourismus. Das Exportgeschäft Thailands basiert unter anderem auf Nahrungsmitteln wie Reis. Ende März gab es einen Rückgang des Exportvolumens von 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Da die thailändische Landwirtschaft nicht darauf ausgelegt ist, das eigene Volk sattzubekommen, sondern in alle Welt zu exportieren, sorgte das für große Verluste. Denn durch den stockenden Warenexport konnte Reis nicht mehr verkauft werden. Um die angefallenen Verluste zu kompensieren, wurde der Preis stark angehoben und erreichte den höchsten Wert seit sechs Jahren. Das Grundnahrungsmittel Reis ist so für große Teile des Volkes unerschwinglich geworden.

Die Imperialisten stolpern von einer ökonomischen Krise in die nächste und laden diese dann auf die unterdrückten Länder ab – dafür gehen sie über Leichen. Einige Leute versuchen jedoch, diesen Unterschied zwischen unterdrückten und unterdrückenden Ländern zu verwischen. Was sie damit machen, ist, das Joch des Imperialismus, das auf den unterdrückten Ländern lastet, zu leugnen oder zu verharmlosen. Wie deutlich geworden ist, wird auch in der Überproduktionskrise der größte Preis immer noch von den unterdrückten Ländern und ihren Völkern bezahlt. Wer das leugnet oder verharmlost, macht sich direkt zu einem Diener der Imperialisten. •



Aktive Kredite der Weltbank an die Top Ten der Schuldner in Millionen US-Dollar

WIRECARD: KEINE VERSÄUMNISSE SONDERN POLITISCHER WILLE

Es ist bereits einige Monate her, dass der deutsche Zahlungsdienstleister Wirecard in den öffentlichen Fokus geriet. Der Skandal rund um Wirecard bringt aber bis heute Schlagzeilen über Schlagzeilen. Grundlegend geht es darum, dass Wirecard seine Bilanzen gefälscht haben soll. 1,9 Milliarden Euro sind einfach futsch, haben nie existiert, wurden verschwunden gelassen – man weiß es nicht. Wie aber konnte Wirecard seine Bilanzen fälschen und trotz seiner Geschichte, die davon geprägt ist, dass das Unternehmen immer wieder wegen ähnlichen Vorwürfen in der Kritik stand und trotz all der Hinweise, die es auch jetzt wieder gab, damit durchkommen?

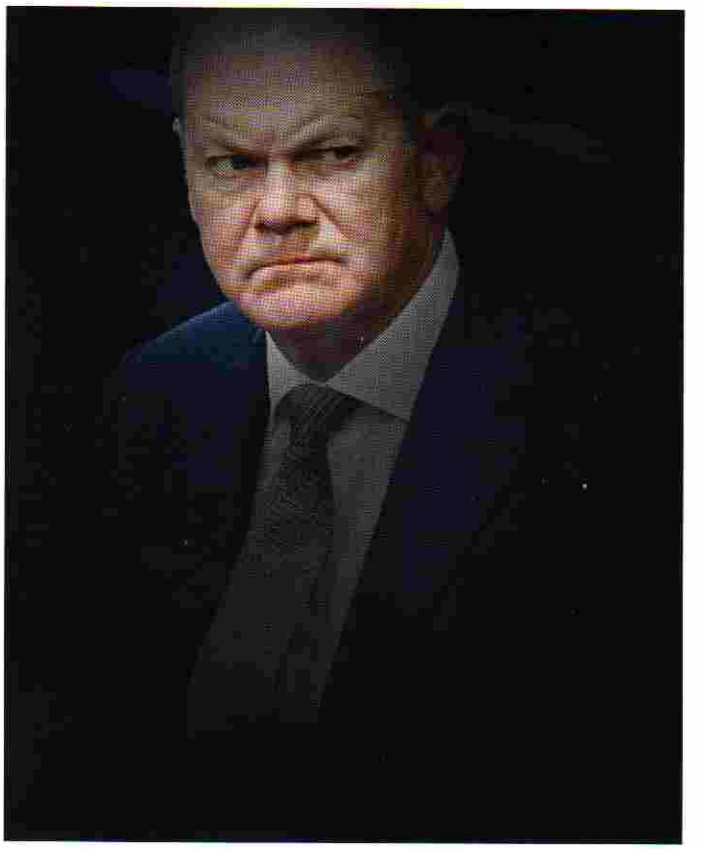
Der ganze Prozess bis zum Niedergang von Wirecard begann bereits vor über einem Jahr, als die britische Wirtschaftszeitung *„Financial Times"* über die Manipulation von Bilanzen berichtete. Infolge dessen brach die Wirecard-Aktie an der Frankfurter Börse bereits ein. Wirecards Chefetage erklärte die Vorwürfe der „Financial Times" als falsch und beauftragte Wirtschaftsprüfer damit, die entsprechenden Nachweise dafür zu erbringen. Am 18. Juni 2020 musste Wirecard dann eingestehen, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *„Ernst and Young"* keinen Nachweis für die Existenz der 1,9 Milliarden Euro, die auf zwei philippinischen Konten liegen sollten, erbringen konnte. Der Anfang vom Ende von Wirecard wurde ausgerechnet von demjenigen besiegelt, der das Unternehmen die Jahre zuvor immer und immer wieder durchgewunken hatte. Denn „Ernst and Young" steckte über lange Zeit tief mit in den korrupten Verstrickungen rund um Wirecard und stellte immer wieder Testate aus, die unter anderem Bedingung dafür sind, dass ein Unternehmen am DAX (Deutscher Aktienindex) mitmischen darf. Das Absurde ist, dass „Ernst and Young" von Wirecard selbst engagiert und bezahlt worden ist, um die Prüfungen durchzuführen. Was da alles an Schmiergeldern geflossen ist, die heute wahrscheinlich keiner mehr nachweisen kann, bleibt offen. Aber nicht nur private Unternehmen, sondern auch der deutsche Staat ist involviert. Staatliche Behörden wie der Zoll mit seiner „Financial Intelligence Unit", die für verdächtige Finanztransaktionen und Geldwäsche zuständig ist, ignorierten über Jahre hinweg zahlreiche eindeutige Hinweise darauf, dass Wirecard verdächtige Transaktionen tätigt. Auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die wichtigste Finanzaufsicht in der BRD, hat nichts gesagt – absurderweise, während Angestellte bei der BaFin selbst mit Wirecard-Aktien gehandelt haben. Angeblich habe man einen großen Fehler gemacht und nicht effektiv genug gearbeitet, wie nun im Nachhinein eingeräumt worden ist. Dazu sei die BaFin auch noch in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt gewesen, da Wirecard auf dem Papier als ein Technikunternehmen aufgeführt wurde. Dazu kommt, dass die BaFin die Journalisten der „Financial Times" im April 2019 nach Veröffentlichung des Artikels, in dem auf die Manipulation der Bilanzen hingewiesen wurde, angezeigt hat. Aus der Anzeige folgten Ermittlungen wegen Marktmanipulation. Wirecard stellte sich als

Entwicklung der Wirecard-Aktie in den letzten neun Jahren samt Absturz diesen Juni

das Opfer einer großen Verschwörung dar und geriet so wieder aus dem öffentlichen Fokus.

Der deutsche Staat selbst spielte – wie zu sehen ist – eine ganz besondere Rolle und hatte dazu ein eindeutiges Motiv. Wenn man sich den DAX, der aus den 30 größten deutschen Unternehmen besteht, anschaut, wird schnell deutlich, dass es ein Unternehmen in der Größe und mit der Spezialisierung von Wirecard in Deutschland nicht gibt. Wirecard ist ein sogenanntes Zahlungsdienstleistungsunternehmen und bietet Möglichkeiten für digitales bezahlen. Während andere Imperialisten wie die USA auf diesem Gebiet sehr gut gerüstet sind (Google, Paypal usw.), ist dieser Bereich für die BRD Neuland. So besteht für die BRD eine Abhängigkeit von seiner imperialistischen Konkurrenz. Wirecard war der vermeintliche Ausweg und Möglichkeit, etwas Großes aufzubauen. Es bestand also ein großes Interesse und ein starker Wille seitens des deutschen Staates, mit Wirecard ein großes monopolistisches Unternehmen aus „deutscher Hand" heranwachsen zu lassen. Nur so waren all die Tricksereien und Korruption, wie die verschwundenen 1,9 Milliarden Euro, möglich. Nur so haben mehrere staatliche Behörden wie die BaFin oder der Zoll trotz zahlreicher Hinweise nicht die Alarmglocken geschlagen und einfach weggeschaut.

Auf Unterstützung aus den hohen Regierungsetagen konnte sich Wirecard auch verlassen. Bundeskanzlerin Merkel übte sich bei einer Chinareise im September 2019 als Lobbyistin und warb in China gleich mal für Wirecard. Aber ganz besonders einer spielte in der Geschichte eine wichtige Rolle, der Vizekanzler, Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Als Finanzminister untersteht ihm die BaFin, die eigentlich für die Aufdeckung solcher Finanzbetrügereien zuständig ist und es im Wirecard-Fall aber wissentlich zugelassen hat. Gegen Wirecard wurden nun parlamentarische Anhörungen im Bundestag einberufen, zu denen auch Scholz vorgeladen wurde. Dort stritt er bislang jegliche Schuld ab und behauptete, er und seine Behörde hätte alles richtig gemacht, trotzdem seien Reformen notwendig. Allerdings ist Olaf Scholz zur Zeit nicht nur in die Geschehnisse um Wirecard verstrickt, sondern auch in einen Cum-Ex-Skandal aus seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister, der



Olaf Scholz, der Pate von Hamburg

im Zusammenhang mit der Warburg-Bank steht. In Bezug darauf wurde er sogar mit dem Filmcharakter „Der Pate" verglichen. Als Bonze, der ein paar Geschäfte hat, die im Schatten laufen, geht man bei Problemen in guter alter Mafiamanier einfach zu Al Capolaf – der regelt das. Natürlich wusste Olaf Scholz, dass diese Dinge ans Licht kommen würden. Warum wurde er wohl jetzt schon – über ein Jahr vor der Bundestagswahl – zum Kanzlerkandidaten der SPD erklärt? Der Schmutz, der jetzt zum Vorschein kommt, ist ihm eine lange Periode vor der Wahl lieber, sodass er sich bis dahin scheinbar reinwaschen kann. Und wer weiß, welche Leichen der Pate noch im Keller liegen hat.

Der deutsche Staat hat alles versucht, um Wirecard als großes monopolistisches Unternehmen an die Spitze zu bringen und einen konkurrenzfähigen Konzern in Sachen Finanztransaktion zu schaffen. Was sich vor allem zeigt ist, dass die Politik den ökonomischen Notwendigkeiten folgt; in diesem Fall, um dem Plan des deutschen Imperialismus, sich zu einer Supermacht zu entwickeln, zu entsprechen und diesem Ziel zu dienen. Schnell werden alle moralischen Bedenken über Bord geworfen, und jede Form der Bestechung und Korruption werden dafür eingesetzt. •

UNSERE FARBE? ROT!

Jahrelang schien es, als wäre der Feminismus tot, niemand sprach darüber. Seit einigen Jahren erlebt die Frauenbewegung jedoch einen neuen Aufschwung. Auf einmal ist es schick, sich selbst als Feminist zu bezeichnen und sich die Befreiung der Frau auf die Fahne zu schreiben. Ohne Zweifel, im Allgemeinen ist das eine gute Entwicklung, aber im besonderen lohnt sich dann doch mal ein Blick auf das, was hinter dem Feminismus unterschiedlicher Menschen steht. Wir möchten an dieser Stelle ein Zitat des peruanischen Kommunisten José Carlos Mariátegui abdrucken, welches die Lage der Frauenbewegung sehr gut schildert:

„Niemand sollte davon überrascht sein, dass nicht alle Frauen in einer einzigen feministischen Bewegung zusammenkommen. Der Feminismus hat notwendigerweise verschiedene Farben, verschiedene Tendenzen. Im Feminismus können drei fundamentale Richtungen ausgemacht werden, drei substanzielle Farben: bürgerlicher Feminismus, kleinbürgerlicher Feminismus und proletarischer Feminismus. Jeder dieser drei Feminismen formuliert seine Forderungen auf verschiedene Weisen. Die bürgerliche Frau vereint den Feminismus mit den Interessen der konservativen Klasse. Die proletarische Frau vereint ihren Feminismus mit dem Glauben der revolutionären Massen an die Gesellschaft der Zukunft. Der Klassenkampf – ein historisches Faktum und nicht nur eine theoretische Aussage – spiegelt sich auf der Ebene des Feminismus wieder."

Das, was Mariatégui schon vor langer Zeit schrieb, behält bis heute seine Richtigkeit. Wir wollen das anhand einiger Beispiele einmal verdeutlichen.

Was versucht der bürgerliche Feminismus? Zuallererst müssen wir hier feststellen, dass auch Frauen der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie unter dem Patriarchat leiden, und das wollen wir gar nicht leugnen. Aber sie können es sich darin gemütlich einrichten, schließlich lässt sich mit ein bisschen Geld auch ein bisschen angebliche Freiheit kaufen. Während das ausländische Au-Pair also auf die Kinder aufpasst, können die Frauen sich ein zum großen Teil bequemes Leben machen oder eben ihrer Karriere nachgehen. Die Steine, die ihnen da in den Weg gelegt werden, lassen sich relativ leicht wegräumen, wenn wir uns z.B. die Gesetze zur „Frauenquote" angucken. Dient dieses Gesetz allen Frauen? Nein. Es ist dafür da, dass die Frauen der Bourgeoisie auch endlich Ausbeuter werden dürfen, wenn sie in den Chefetagen großer Unternehmen sitzen; sie sollen besser in das herrschende System mit eingebunden werden. Kurz: der bürgerliche Feminismus dient dazu, die Frauen der herrschenden Klasse in das System besser mit einzubinden und es so weiter am Laufen zu halten und die Frauen des Volkes in den Ketten des Patriarchats gefangen zu halten. Zur Befreiung der Frau trägt er nichts bei, stattdessen bekämpft er das wachsende Bewusstsein der Frauen des Volkes.

Schauen wir uns den kleinbürgerlichen Feminismus an: Seit einigen Jahren erweitern sie ihr Kampffeld und schließen jeden mit in diesem Kampf ein, der irgendwie nicht in dieses System passen will. Damit wird der Kampf um die Emanzipation der Frau nicht mehr in erster Reihe ein Kampf der Frauen gegen das Patriarchat, sondern dreht sich vor allem um die Gleichberechtigung von Transsexuellen und Homosexuellen. Wir wollen einmal an dieser Stelle feststellen, dass wir nichts dagegen haben, dass Menschen anderen Geschlechts den Kampf um die Befreiung der Frau unterstützen. Aber ihn zu einem bedingungslosen Kampf für die Gleichberechtigung aller, die von Diskriminierung betroffen sind, auszurufen, verwässert den eigentlichen Kampf gegen das Patriarchat, das sich an allererster Stelle gegen die Frau richtet.

Was vereint diese beiden genannten Feminismen? Das Patriarchat sei ein Problem der falschen Ideen, die ohne eine materielle Grundlage im Raum zu schweben scheinen. Damit wird der Kampf dagegen zu einem Kampf der Moral, der besseren Argumente und der bürgerlichen Gesetze, die angeblich die Frau befreien sollen. Aber schauen wir uns die konkrete Lebensrealität von den proletarischen Frauen an. Viele Frauen unserer Klasse kämpfen gerade vor allem um eins: sich und die Kinder durchzukriegen. Schlecht bezahlte Jobs, schlechte bis gar keine Kinderbetreuung und dazu häufig noch alleinerziehend. Das ist die Lebensrealität von Millionen von Frauen in diesem Land. Da ist nicht viel mit Karriere oder einer Diskussion darüber, wie man denn nun eine geschlechtergerechte Sprache benutzt. Und die angeblichen Gesetze, die zu unserem Wohl verabschiedet wurden? Wir erinnern uns an die sogenannte „Herdprämie" oder auch das Elterngeld. Rechnet man sich das einmal vernünftig durch, dann

kommt man zu dem Schluss, dass es sich doch eigentlich mehr lohnen würde, wenn die Frau zuhause bleibt und die Kinder betreut, kurz gesagt: Das Heimchen hinter dem Herd ist. Und das ist kein Zufall.

Wir leben in einer Klassengesellschaft, der Hauptwiderspruch in der BRD ist der zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Während die Bourgeoisie versucht, mit allen Mitteln ihre Macht zu behalten, schreitet das Proletariat unaufhaltsam seiner Befreiung durch die proletarische Revolution entgegen, um sich von den Fesseln des Imperialismus zu befreien. Doch für die proletarischen Frauen existiert dazu die Unterdrückung durch das Patriarchat, sie leiden unter einer doppelten Unterdrückung und Ausbeutung. Um also die proletarische Frau weiter in Ketten zu halten, tut die herrschende Klasse alles. So ist es auch kein Wunder, dass die angesprochenen Gesetze gegen die „Benachteiligung" der Frau, wie die herrschende Klasse es so gerne nennt, uns kein bisschen helfen. Stattdessen sorgen sie nur dafür, dass das Patriarchat weiter existiert und für uns sich die Situation teils nur noch weiter verschlechtert. Das ist kein Zufall, sondern gewollt.

Schauen wir uns an, wie das Patriarchat entstand – nämlich mit dem Privateigentum, als die Menschen vor Tausenden von Jahren aufgrund von Werkzeugen in der Lage waren, Eigentum anzuhäufen. An diesem Moment wurde das Mutterrecht, also, dass das Kind automatisch zur Mutter gehört und von ihr erbt, zugunsten des Vaters umgeworfen. Ab diesem Moment entstand das Patriarchat; die Frau wurde dazu degradiert, Erben zu gebären und dem Mann Untertan zu sein. Gleichzeitig entstand mit dem Privateigentum die Klassengesellschaft, die Einteilung in wer Privateigentum und wer keines hat. Heute leben wir immer noch in einer Klassengesellschaft, im Imperialismus, der auf dem Privateigentum basiert. Um also das Patriarchat wirklich zu zerschlagen, benötigt es die Zerschlagung des Imperialismus. Die *„konservative Klasse"*, also die Bourgeoisie, und eben auch die Frauen, die ihr angehören, die Mariátegui anspricht, werden einen Dreck geben, die Frau zu befreien – bedeutet das doch ihren Untergang. Aber wie er auch sagt, vereinen wir als proletarische Frauen den Feminismus mit *„dem Glauben der revolutionären Massen an die Gesellschaft der Zukunft"*. Das heißt konkret, dass der proletarische Feminismus dazu dient, der proletarischen Revolution zu dienen, Frauen für die Revolution zu politisieren, mobilisieren und organisieren. Das ist proletarischer Feminismus, er dient dem Proletariat, er ist rot. Es bedeutet, dass sich die Frauen organisieren müssen in den Reihen des Proletariats, und das bedeutet in der BRD, der Rekonstitution der Kommunistischen Partei Deutschlands zu dienen.

Um die Frauen zu politisieren, mobilisieren und zu organisieren, müssen wir auch wichtige Tageskämpfe führen, z.B. der Kampf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!". Das ist gerechtfertigt und eine notwendige Forderung, um das Leben der weiblichen Massen heute schon zu verbessern. Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Gerade jetzt zu „Corona-Zeiten" und dem Ausnahmezustand der Bourgeoisie hat gezeigt, dass die herrschende Klasse uns alle erkämpften Rechte von heute auf morgen wegnehmen kann und sich somit wieder unsere Situation verschlechtert, z.B. dadurch, dass viele Frauen ihren Beruf aufgeben mussten, um sich um die Kinder zu kümmern. Wir können fordern, dass es ausreichend Kinderbetreuung gibt und darum gemeinsam kämpfen, und vielleicht wird der bürgerliche Staat in einem Moment einlenken und uns dieses Recht zugestehen. Aber genauso schnell kann er es uns wieder wegnehmen. Garantieren können wir das nur, wenn wir auch an der Macht sind. Aber eben nicht, weil wir Frauen sind, sondern weil wir der proletarischen Revolution und dem Volk dienen. •

Rotes Frauenkomitee am 8. März

S-BAHN VERKAUFEN, LÖHNE DRÜCKEN

Der öffentliche Nahverkehr ist in vielen Städten, und so auch in Berlin, ein altbekanntes Problem, da er oft unzuverlässig, kaputtgespart und überteuert ist. Das könnte sich bald in Berlin noch weiter verschärfen. Der so „soziale" rot-rot-grüne Berlin Senat macht sich angeblich Sorgen um unseren Transport. So will er eine „Regierung der Verkehrswende" sein und hat uns in diesem Sinne in den letzten Monaten unter anderen mit „Pop-Up-Radwegen" beglückt, die nebenbei die Probleme des Autoverkehrs der Stadt noch verschlimmern. Das Problem des Berliner Nahverkehrs, insbesondere der BVG und der Berliner S-Bahn, ist also ein altbekanntes, über das wir auch bereits berichtet haben. Man könnte meinen, dass es etwas Gutes ist, dass sich jetzt diesem Problem „angenommen wird". Aber die geplante Maßnahme verschlimmert diese Probleme nur. Zwei der drei „Teilnetze" der S-Bahn, die „Nord-Süd-Verbindungen" und „Stadtbahn", werden jetzt zum Verkauf ausgeschrieben, was erstens noch mehr Profit für die neuen Betreiber versprechen soll und zweitens durch die Teilung des Netzes zu Umständlichkeiten führt, die wir am Ende ausbaden dürfen.

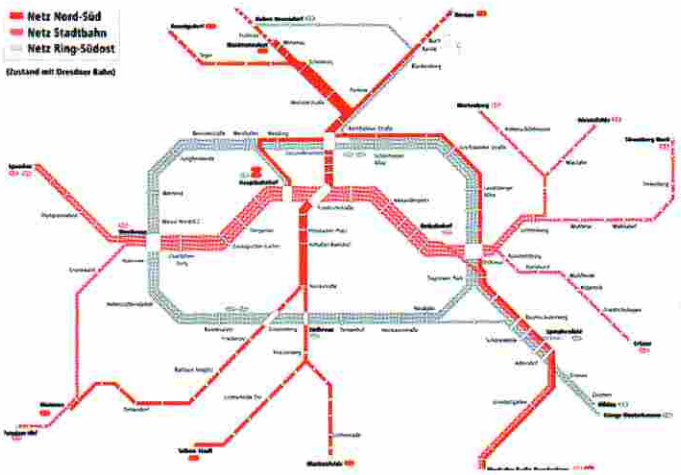
Der aktuelle Betreiber, die „S-Bahn Berlin GmbH", ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der DB Regio AG, diese wiederum selbiges von der Deutschen Bahn AG, die längst satte Profite mit der S-Bahn macht. Die Deutsche Bahn (DB) ist ein Aktienunternehmen, dessen Aktien vollständig im Besitz der BRD sind. Während die Länder Berlin und Brandenburg jährlich über 200 Millionen Euro an Zuschüssen zahlen, wurde bis 2008 in etwa gleicher Höhe Gewinn allein an die DB, also ein Unternehmen, das nicht mal Betreiber, sondern nur übergeordneter Besitzer ist, abgeführt. Ermöglicht wurde das durch Entlassungen mehrerer hundert Wartungsarbeiter aus den Werkstätten, massiven Stellenabbau auf den Bahnhöfen und einer gesundheitsgefährdenden Arbeitsverdichtung bei den schlecht bezahlten Lokführern. Notwendige Neuanschaffungen von Zügen wurden nicht getätigt - das soll nun im Zuge der Ausschreibung passieren. Nicht jedoch wie vielleicht gedacht durch die Unternehmen, die die Ausschreibung gewinnen, sondern durch die Stadt Berlin als „Dreingabe", also schon wieder von öffentlichen Geldern. Dazu kommt, dass Teil des Prozesses sein wird, dass weitere Werkstätten gebaut werden müssen, nur da die unterschiedlichen Betreiber der jeweiligen Streckenabschnitte verpflichtet sind, unabhängigen Zugang zu Werkstätten zu haben. Pure Verschwendung und kein Grund zu glauben, dass es jetzt mehr Reparaturen geben würde. Diese Werkstätten werden ebenfalls von der Stadt zu finanzieren sein. Währenddessen behaupten sie auch noch, mit dieser Verkaufsweise gegen Monopole vorgehen zu wollen, als ob kleinere Firmen oder ähnliches in der Lage sein würden, dieses Ausschreiben zu gewinnen.

Nach jahrelangem Runterwirtschaften des S-Bahn-Betriebs musste 2009 sogar der Staat in Form des Eisenbahnbundesamt einschreiten. Die veraltete

Demonstration am Gesundbrunnen gegen den Verkauf der Teilnetze

Technik war inzwischen so gefährlich, dass ein großer Teil der Waggons aus dem Verkehr gezogen wurde. Die Folge waren massive Verbindungsausfälle. 2017 verwandelte die S-Bahn Berlin GmbH trotzdem noch bei 270 Millionen Euro an Zuschüssen 71,2 Millionen Euro des Profits in Gewinn für die DB. Darüber hinaus zahlte sie über 260 Millionen Euro an andere Bahn-Tochterfirmen, zum Beispiel für die Nutzung von Gleisen. Wenn Teile der S-Bahn nun an andere Unternehmen verscherbelt werden sollen, ist nach diesem Muster klar, wie die Renditeerwartung bedient werden soll: Mit noch mehr Arbeitshetze und Lohnraub gegen die Angestellten und weiterem Kaputtsparen der Infrastruktur. Zwar sollen die bisherigen S-Bahn-Arbeiter beim Betreiberwechsel übernommen werden, der Bestand ihrer bisherigen Hausverträge hingegen wird nicht garantiert. Auch erkämpfte Tarifverträge der Arbeiter könnten mit einem Schlag entfallen. Weitere Probleme folgen aus der Konkurrenz zwischen den Betreibern der unterschiedlichen Teilnetze, die dazu führen werden, dass die ohnehin unzuverlässige S-Bahn noch chaotischer wird.

Diese düstere Perspektive sorgt natürlich auch für Widerstand. Im August konnte eine Kundgebung am Gesundbrunnen, auf der die Pläne des Landes denunziert wurden, viel Aufmerksamkeit erregen. Die fortschrittlichsten Reden kamen von Gewerkschaftern und einer Weddinger Initiative gegen Gentrifizierung. Bei den Redebeiträgen von Gewerkschaftern aus dem Bereich S-Bahn wurde deutlich, dass niemand glaubt, dass im Falle eines Verkaufes „der Arbeitnehmerschutz maximal gewährleistet" werde, wie es in einer Protokollnotiz des Berliner Senats heißt. Eine Schande hingegen war, dass auch Vertreter von SPD und Linkspartei das Wort ergriffen und wieder einmal ihr Kunststück vollführen konnten, ihre Parteien gegen das politische Handeln eben dieser Parteien in Schutz zu nehmen. Natürlich liegt alle Schuld beim Vorgängersenat, und natürlich sei man Sachzwängen unterlegen...natürlich. Auch ihre Kollegen der grünen Partei machten sich lächerlich, zum einen bei Veranstaltungen wie „fridays-for-future" ihre Werbung mit vermeintlichem ökologischen Flair zu machen und zum anderen direkt gegen diesbezügliche Forderungen in Fragen des Nahverkehrs zu entscheiden. Diese Vertreter des Kapitals brauchen keinen Nahverkehr, sie haben Fahrdienste. Die Massen in Berlin hingegen brauchen unbedingt einen günstigen und funktionierenden Nahverkehr, was sich nicht zuletzt daran gezeigt hat, dass viele Passanten spontan an der Kundgebung teilnahmen und die Forderung, den Verkauf zu stoppen, unterstützten. Wir wissen aber auch, dass Forderungen wie die der Initiative, die zum Rückruf der Ausschreibung aufrufen, oft Illusionen enthalten in den alten, bürgerlichen Staat. So gibt es auch hier Versuche mittels einer Unterschriftensammlung und ähnlichem. Entgegen dessen müssen wir für unsere Forderung im Tageskampf für einen besseren Nahverkehr die Perspektive sehen. Das bedeutet, nicht noch einmal den Repräsentanten des alten Staates hinterherlaufen, und stattdessen aus *unserer* eigenen Organisation heraus, die den bürgerlichen Staat bekämpft, diese Forderung stellen. •



Darstellung der drei „Teilnetze" der S-Bahn

CORONA IM KRANKENHAUS: WENIGER SCHUTZ, MEHR AUSBEUTUNG

In der Roten Post haben wir bereits darüber berichtet, wie viele Krankenhausmitarbeiter trotz der Pandemie in Kurzarbeit gesteckt werden. Trotz der propagierten Gefahr der „Überlastung des Gesundheitssystems" wurden die zusätzlich bereitgestellten Betten nicht belegt. Dass es den Herrschenden in dieser Gesellschaft vor allem darum geht, aus dem Gesundheitssystem möglichst viel Profit herauszupressen, dürfte für Viele nichts Neues sein. Doch der Umgang mit der sich verbreitenden Pandemie und das Ausmaß, in welchem die Kosteneinsparungen durchgedrückt werden – trotz der angeblichen Gefahr der „Überbelastung des Gesundheitssystems" –, beweisen, wie dieser Staat und die großen Unternehmen sich absolut nicht um unsere Gesundheit scheren. Das System, auf das wir angeblich vertrauen sollten, wenn es uns schlecht geht, tritt zu Zeiten einer weltweiten Pandemie unsere allgemeine Gesundheit mehr und mehr mit Füßen.

Mangelnder Schutz

Eine Krankenhausmitarbeiterin berichtet, dass zu Beginn der Pandemie jeder neue Patient, der aufgenommen wurde, zuerst auf Corona getestet wurde. Es gab spezielle Covid-Ausschlusszimmer, die von den anderen Zimmern abgeschlossen waren. Erst wenn der Covid-Test negativ ausgefallen war, wurde der betreffende Patient normal weiter behandelt, unabhängig davon, welche Symptome oder Beschwerden er aufzuweisen hatte. Jetzt gibt es diese speziellen Quarantäne-Zimmer nicht mehr, diese wurden im Zuge der sogenannten „Lockerungen" geschlossen, da die Infektionszahlen abgenommen hatten. Jetzt werden nur noch Menschen getestet, die aus Pflegeeinrichtungen kommen, die eine pflegedienstliche Betreuung zuhause haben oder diejenigen, bei denen ein konkreter Verdacht besteht. Die Bewohner einer Pflegeeinrichtung, die sowieso nur sehr eingeschränkt Besuch von außen erhalten, weshalb die Ansteckungsgefahr geringer ist, werden pauschal getestet, alle anderen Patienten werden einfach aufgenommen und mit anderen Patienten in ein Zimmer gesteckt. Dass nun nicht mehr alle Patienten getestet werden, wird gemacht, um die Kosten der einzelnen Tests einzusparen. Auch die Materialien, die die Pfleger und Mitarbeiter benötigen, um solche Tests und die Isolationsmaßnahmen durchzuführen, sollen eingespart werden. Das, während in der bürgerlichen Presse die Gefahr einer sogenannten zweiten Welle hochgeschaukelt wird. Das Personal hätte bei der Durchführung solcher Isolationsmaßnahmen auch rechtlich Anspruch auf eine Prämie, die sich das Krankenhaus gern sparen möchte. So geht das Krankenhaus lieber das Risiko ein, dass Mitarbeiter und andere Patienten sich infizieren, als etwas weniger Profit an Mitarbeitern und Patienten zu machen.

Wo sonst jeder halbherzige Verdachtsfall in Quarantäne geschickt wird, wurde nicht nur bei den Patienten, sondern auch beim Personal der Krankenhäuser mit Isolationsmaßnahmen gespart. Zu Beginn der Pandemie durfte das Personal bei einem ersten positiven Testergebnis noch Arbeiten gehen, mit dem „Schutz" einer Maske. Auch bei Kontakt mit einem auf Covid-19 positiv Getesteten war eine Quarantäne des Mitarbeiters nie ein großes Thema, es wurde lediglich eine dreitägige Selbstquarantäne verordnet, damit der entsprechende Mitarbeiter schnell wieder zur Arbeit zur Verfügung stand. Zwischenzeitlich wurde auch die Quarantäne-Phase für Mitarbeiter nach der Einreise aus einem Risiko-Gebiet nicht bezahlt; in diesem Fall musste der Mitarbeiter dann zwei Wochen unbezahlten Urlaub nehmen. Die Covid-Tests, die die Gesundheit der Krankenhausmitarbeiter bescheinigen sowie eine Quarantäne-Zeit verkürzen würden, mussten Mitarbeiter zu Beginn der Pandemie selbst bezahlen. Jetzt werden die Kosten der notwendigen Tests an den Mitarbeitern durch die Krankenhausleitung übernommen, die nach Durchführung eines Tests auf fünf Tage verkürzte Quarantänezeit ist allerdings noch immer unbezahlt.

Der Sparkurs hört auch bei Schutzkleidung und Masken nicht auf und geht bis zu Verboten – einem Mitarbeiter, der eine Erkältung hatte und eine Maske trug, um andere nicht anzustecken, wurde mit Abmahnungen gedroht. Das war in einer Phase, als die Verfügbarkeit von Masken und sonstiger Schutzkleidung auch für Einrichtungen wie Krankenhäuser nicht gewährleistet wurde. Auch für Besucher verfügbares Desinfektionsmittel wurde entfernt und stark rationiert. Da die Masken auch für andere Infektionskrankheiten benötigt wurden, wurden diese am Anfang so stark rationiert, dass sie so lange getragen werden sollten, bis sie offensichtlich dreckig oder kaputt sind. Normalerweise

kann man eine Maske bis zu sechs Stunden tragen. Die Masken wurden also nicht nach jeden Zimmer gewechselt, wie es normaler Hygienestandard ist. Bei multiresistenten Keimen musste eine normale Maske verwendet werden. FFP2-Masken wurden nur bei den Zimmer von Covid-Infizierten verwendet; diese FFP2-Masken und die Kittel wurden in den Quarantäne-Zimmern für verschiedene Mitarbeiter mehrfach verwendet. Und nicht nur beim Material, welches die Mitarbeiter und Patienten gegen Infektionen schützen soll, wird gespart – auch das Essen für die Patienten wird mehr und mehr rationiert. Jegliche Annehmlichkeiten wie ein kleiner Joghurt wurden in Hamburger Krankenhäusern gestrichen und auch das Essen für den Patienten, der am selben Tag abreist, wurde gestrichen. Wenn die Mitarbeiter das Essen, was auf dem Müll landen soll, verzehren, werden sie fristlos gekündigt.

Verstärkte Ausbeutung

Die Arbeits- und Ruhezeiten sind seit Beginn der Krise außer Kraft gesetzt. Auch wenn abends Überstunden gemacht werden, ändert sich an der Anfangszeit der nächsten Schicht nichts. Jetzt sind sogenannte „Doppeldienste" möglich, d.h. der Mitarbeiter kann eine Nachtschicht bis 7 Uhr morgens machen und dann um 13:30 Uhr wieder bei der Arbeit sein. Da dies aber rechtlich verboten ist, wird sich nicht ein- und ausgestempelt, sondern die Mitarbeiter müssen darauf vertrauen, dass sie ihre Extra-Schicht ausgezahlt bekommen. Es ist vorgekommen, dass Pflegehelfer mit massenhaft Überstunden trotzdem zu wenig Stunden auf der Abrechnung hatten, weil diese nicht offiziell festgehalten und von der Pflegeleitung unter den Teppich gekehrt wurden. Durch Kurzarbeit und die Aussperrung besonders neuer Arbeitskräfte hat das Arbeitspensum, auch für die Kurzarbeiter im Verhältnis zu ihrer Arbeitszeit, mittlerweile zugenommen. Mit Beginn der Pandemie ist niemand neues mehr ins Krankenhaus gekommen, und nachdem nach gewissen „Lockerungen" jetzt wieder mehr Patienten zu behandeln sind, wird der Personalschlüssel in den Krankenhäusern weiter niedrig gehalten. Laut unseren Informationen hat die hier untersuchte Krankenhauskette seit 2016 konkrete Pläne, Personalkosten zu kürzen. Eigentlich sollte das neues Pflegegesetz, was seit Anfang 2020 in der gesamten BRD gelten sollte, den Personalschlüssel erhöhen, sodass auf zehn Patienten eine Pflegekraft kommt. Die Durchsetzung dieses Gesetztes wurde allerdings von Januar auf März 2020 verschoben, da man angeblich notwendige Vorkehrungen, wie zum Beispiel neue Mitarbeiter einzustellen, erst bis März treffen könne. Anfang März wurde die Durchführung des Gesetzes dann komplett ausgesetzt, wegen „Corona". Wenn man durch die Pandemie mit einer Überlastung der Krankenhäuser rechnet, hört man als erstes damit auf, neue Leute einzustellen. Klar doch. Der Sparkurs geht also weiter und wird mit „Corona" gerechtfertigt. Es ist noch immer unklar, wann dieses Gesetz überhaupt greifen soll.

Es herrscht also Einstellungsstopp: zuerst wurden keine Praktikanten mehr eingestellt, dann keine Kranken- und Altenpfleger mehr, jetzt gibt es kompletten Einstellungstopp bis auf Mitarbeiter der Intensivstation. Die Auszubildenden wurden bis vor kurzem noch übernommen, allerdings mussten sie zu einem gewissen Datum als Angestellter gearbeitet haben, um als Festangestellter nicht entlassen zu werden. Auszubildende aus dem Ausland wurden, wenn sie sich nicht der Krankenhausleitung gefügt und sich in kurzer Zeit sehr gute Deutsch-Kenntnisse angeeignet haben, nicht übernommen. Wie uns berichtet wurde, war einer Frau das Pensum von teilweise über 50 Patienten pro Pfleger und nebenbei noch perfektes Deutsch lernen zu viel. Ihr wurde kurz vor Ende ihrer Probezeit fristlos gekündigt. Zu Beginn der Pandemie gab es noch eine „Einspringprämie" für Mitarbeiter, die spontan an ihrem freien Tag zur Arbeit kommen, wenn jemand ausfällt. Diese Prämie entfällt nun auch, um Personalkosten zu sparen. Auch die Überstunden sollen nicht mehr ausbezahlt werden, sondern nur noch durch freie Tage ausgeglichen werden. Der Vorgesetzte ist dann angewiesen, die Mitarbeiter „rechtzeitig" nach Hause zu schicken, um die Anzahl an Überstunden möglichst gering zu halten. Bei einer zu großen Überstundenzahl droht ein „Gespräch" mit dem Chef, da man „zu langsam" sei.

Mit ihrem Bericht aus den Krankenhäusern zeigt die Kollegin deutlich, wie die Corona-Pandemie als Vorwand für alles mögliche benutzt wird und in diesem konkreten Fall, wie bei vielen anderen auch, wie die Sparmaßnahmen, die schon lange beschlossen sind, nun unter Berufung auf die Pandemie umgesetzt werden und die Ausbeutung des Pflegepersonals verstärkt wird, während gleichzeitig ein tatsächlicher Schutz vor einer Corona-Infektion eine zweitrangige Rolle spielt. •

ICH UND MEINE MASKE

Seit Ende April gilt in Supermärkten, dem öffentlichen Nahverkehr und an vielen anderen Orten im Land Bremen eine Maskenpflicht. Bremen hat nun ein Bußgeld für die Missachtung dieser Pflicht in den Bussen und Bahnen in Höhe von 50 Euro festgesetzt. Mit den Kontrolleuren darf auch das Ordnungsamt die Maskenpflicht in den Linien kontrollieren. Kein Zweifel, wer das im Wesentlichen zu Spüren bekommt: Die Maßnahme trifft mal wieder diejenigen, denen es ohnehin schon am schlechtesten geht. Oder wer fährt sonst in der Hauptsache in den Linien der BSAG? Der Bonze mit seinem Porsche Cayenne mit ausgezeichneter Klimaanlage? Sicherlich nicht.

Vereinfacht gesagt ist man, je weniger Kohle man hat, desto mehr auf öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Ob Taxi, E-Bike, eigenes Auto oder andere Sachen – um lange Strecken zurückzulegen, hauptsächlich auf dem Weg zur Arbeit, gibt es für einen großen Teil von uns keine bezahlbare Alternative zu Bus und Bahn. Gegen diese, die den Großteil der Leute ausmachen, die Bahn fahren, richtet sich die Bußgeldmaßnahme in der Hauptsache. Gegen diejenigen, die Tag für Tag Bahn fahren müssen und so immer wieder diesen Kontrollen ausgesetzt sein werden. An eine Verbesserung des Nahverkehrs, z.B. mehr Fahrzeuge, damit unter anderem ihr Mindestabstand eingehalten kann, wird gar nicht gedacht. Dabei ist jedem bewusst, dass es andere gibt, die die Maskenpflicht offensichtlich gar nicht beachten müssen – auf dem Golfplatz, in ihrem SUV oder gleich im Privatflugzeug – nämlich diejenigen, die hinter diesen Maßnahmen stehen. Warum sollen wir dann Maske tragen, wenn die das gar nicht nötig haben? Wenn die ihre Maske vielleicht mal „vorbildlich" zu einer Pressekonferenz aufsetzen und den Rest des Tages rumlaufen können, wie sie wollen. Wenn die Maskenpflicht etwas tatsächlich Berechtigtes wäre, dann würden sich die allermeisten auch daran halten. So hingegen wird diese Maßnahme von vielen gerechtfertigterweise nicht akzeptiert.

Viele Leute, die die Maskenpflicht und jetzt auch das Bußgeld verteidigen, können sich gar nicht vorstellen, wie das an den heißen Tagen im Juli und August ist, wenn es in den alten Bahnen, allen voran der Linie 10, bis zu 40 Grad sind. Dort gibt es keine Klimaanlage, keine offenen Fenster, keinen Luftaustausch; die Luft ist heiß und stickig. Noch schlimmer sind die kleinen Busse, die hauptsächlich in Arbeiterviertel am Stadtrand fahren und in denen die Luft noch ein bisschen schlechter ist. Das Verkehrsnetz in Bremen-Nord z.B. besteht hauptsächlich aus diesen Bussen. Stellt man sich nun vor – eine Fahrt von der Arbeit im Zentrum nach Hause nach Lüssum-Bockhorn, wo man vom Hauptbahnhof allein mindestens 50 Minuten braucht, erst ist der überfüllten Regio-S-Bahn im Feierabendverkehr, dann in diesem Bus. Und dann kommt diese Maske, als gäbe es nicht schon genug Probleme. Nach acht Stunden schuften sich nochmal für eine Weile in ein stickiges Gefährt begeben, da ist es eine natürliche Reaktion, die Maske auch mal abzusetzen. Unmittelbar nach nach Beschluss der Bußgeldregelung sind die Änderungen in den Kontrollen durchgesetzt worden. In der Folge fallen viele Migranten, die im Unwissen zur Maskenpflicht und zum neuen Strafbetrag sind, den Bußgeldkontrollen durch das Ordnungsamt zum

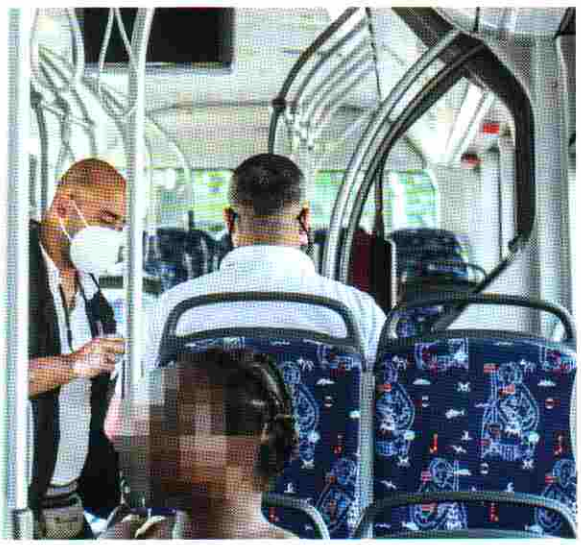
Richtig harte Jungs

Opfer. Viele, die es trifft, haben also gar nicht realisiert, was überhaupt los ist.

Alles in allem bedeutet das, dass den Bußgeldmaßnahmen ein arbeiterfeindlicher Klassencharakter innewohnt. Die Leute, die gezwungen sind, Bus und Bahn zu fahren, was hauptsächlich Arbeiter, Schüler und Studenten sind, werden nicht nur schikaniert, sondern jetzt auch beraubt zugunsten der herrschenden Klasse, die von diesem Problem völlig unberührt bleibt. Wie auch in Frage der ökonomischen Krise wird die Last auf unsere Schultern geladen. Jetzt sollen wir ihnen neben der Krise auch noch ihren Ausnahmezustand bezahlen, den sie selber ausgerufen haben, um uns unten zu halten. Die Stadt Bremen prahlt mit allein 300.000 Euro Einnahmen durch „Corona-Verstöße", Bußgelder aus unseren Taschen. Geld, das dann irgendwie in den Staatskassen verschwindet und wir nie wiedersehen. Offensichtlich handelt es sich um Raub.

Zugleich machen die Presseorgane der herrschenden Klasse Stimmung für die Bußgeldmaßnahme. Zu der Diskussion hat Bremens Lokalnachrichtenformat *buten un binnen* noch vor dem Beschluss der Innenbehörde zur Einführung des Strafbetrags eine Umfrage durchgeführt. 92 Prozent der 1.659 Beteiligten sprachen sich demnach für ein Bußgeld aus. Buten un binnen spricht zwar nur von Umfrageergebnissen, aber schnell kommt die Zahl in den Lauf, und was wird daraus gemacht? 92 Prozent der Bremer sind für das Bußgeld, als wären 1.659 Menschen eine geeignete Menge, um das Meinungsbild der ganzen Stadt wiederzugeben. Wer Buten un Binnen kennt, kann sich vorstellen, dass dort nicht unbedingt aufgebrachte Leute anrufen und sich zwecks der Umfrage über die Maskenpflicht beschweren. Die Darstellung der Umfrage ist somit nichts mehr als reine Meinungsmache, die der Maßnahme pünktlich zu ihrem Beschluss ein bisschen Legitimität gibt. Zielgruppe sind dann einige „normale Bürger" im sozialen Frieden mit dem Staat, die vielleicht auch mal bereit sind, im Glauben, in der klaren Mehrheit zu sein, Leute zu verpfeifen. Damit trägt auch buten un binnen seinen Teil zur Denunziationskampagne bei.

Das Bußgeld in den öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine Frechheit, das zur Maskenpflicht obendrauf kommt. Dann wird uns noch erzählt, die Maske sei der kleinere Eingriff in die Grundrechte, das kleinere Übel, und das Bußgeld sorge dafür, dass es beim kleineren Übel bleibe. Wenn man so schon anfängt, offen zugibt, wie unsere Rechte mit Füßen getreten werden, wo sollen wir dann hinkommen? Wer das sagt, behauptet, dass es eh ein Maß an dauerhaften Einschränkungen geben muss und dass dieses auch deutlich höher sein könnte; der normalisiert die Einschränkungen unserer Rechte. Und der Ausnahmezustand, der als Ganzes eine Maßnahme ist, uns noch mehr zu unterdrücken, soll normalisiert werden, das steckt dahinter – Maskenpflicht und Bußgeld sind Teil dieses Ausnahmezustands. Abschließend, um es noch einmal deutlich zu machen: In diesem Artikel geht es nicht darum, die medizinische Richtigkeit der Maske zu diskutieren, sondern vor allem darum, dass auch diese Sache einen klaren Klassencharakter hat und nicht jeden gleichermaßen trifft. •



INTERVIEW MIT EINER BETROFFENEN VON POLIZEIGEWALT

Rote Post: Du warst letztens am Wochenende draußen mit deinen Freunden und wurdest von den Bullen kontrolliert. Erzähl doch mal, was dort passiert ist.

Gali: Wir waren draußen mit ein bisschen Wein und einer Musikbox. Nach so ungefähr zwei Stunden kam ein Streifenwagen, der uns unter dem Vorwand von Corona-Maßnahmen kontrollieren wollte. Einer der Polizisten hat sich über meinen nicht-deutschen Nachnamen lustig gemacht und mich während der Personalienaufnahme weiter schikaniert, indem er meinte, ob ich es denn schaffe, meinen Namen zu buchstabieren. Weil er mich auch noch gefragt hat, ob ich überhaupt einen deutschen Pass habe, nur weil ich eine schwarze Frau bin, habe ich ihn darauf angesprochen, warum er so rassistische Kommentare macht. Er wollte mich dann durchsuchen, was ich verweigert habe, weil ich keine Straftat begangen habe. Als er seine Kamera angemacht hat, habe ich ihn gefragt warum er mich einfach kontrolliert und filmt. Weil er mich unbedingt durchsuchen wollte, hat er dann zwei weitere Streifenwagen gerufen.

Als mich eine Polizistin greifen wollte, bin ich zurückgewichen, und dann ging alles ziemlich schnell und ich lag auf dem Boden. Ich hatte Knie im Bauch, ein Polizist hat sich auf meine Schultern gesetzt und mein Kopf wurde, als ich schon auf dem Boden lag, gegen den Boden geschlagen. In der Zwischenzeit waren weitere Polizeiautos da und es saßen acht Bullen auf mir drauf. Ich hab die ganze Zeit geheult und geschrien, dass mir alles weh tut. Sie haben mir dann Hand- und Fußfesseln angelegt und mich gegen das Polizeiauto gepresst. Dann wurde ich auf die Polizeiwache gebracht.

Auf der Wache haben Sie mich dann erst mal wieder auf den Boden geworfen und mit Händen und Füßen an einen Stuhl gefesselt. Als ich gefragt habe, warum ich wie ein Schwerverbrecher behandelt werde, haben sie gesagt, ich wäre selber schuld, weil ich nicht wüsste, wie man sich benimmt. Auf der Wache habe ich den anderen Polizisten von den rassistischen Beleidigungen berichtet, woraufhin sie meinten, dass das doch gar nicht möglich sei. Die Bullen auf der Wache bestanden darauf, dass der erste Beamte alles richtig gemacht habe. Meine Mutter musste mich dann abholen und ich wurde nach Hause geschickt. Sie zählten auf, wegen was sie mich anzeigen wollen. Unter anderem meinten sie, dass ich gegen das Auto, gegen das sie mich gedrückt haben, getreten hätte und ich dafür angezeigt werden soll. Ich hatte das Gefühl, dass Sie mir nur Angst machen wollten.

Rote Post: Habt ihr versucht, den Konflikt zu dokumentieren?

Polizeigewalt in Hamburg

Polizeigewalt in Düsseldorf

Gali: Meine beste Freundin war auch dabei und wollte das alles filmen. Aber die Cops sind auf sie zugekommen und meinten zu ihr, sie würde die Polizeiarbeit behindern und deswegen bestraft werden. Außerdem drohten Sie damit, das Handy zu konfiszieren. Sie und alle Passanten, die sich das angeschaut haben, mussten den Platz verlassen. Ich hatte auf der Wache einen der Bullen gefragt, warum die alle weggeschickt wurden. Er hat offen zugegeben, dass sie nicht wollten, dass es Zeugen gibt. So nach dem Motto: „Dann hätten wir dich nicht verprügeln können." Während die Cops uns verboten haben, zu filmen, haben sie natürlich alles gefilmt mit ihren Bodycams. Das ist einfach nur beängstigend, dass sie richtig zuschlagen können und das Ganze auch noch selber filmen.

Rote Post: Hattest du nach diesem Vorfall nochmal Kontakt mit der Polizei?

Gali: Zwei Mal kam die Kripo unangekündigt bei mir und meinen Eltern Zuhause vorbei. Sie haben mich dazu gedrängt, einen Zettel zu unterschreiben, in dem sie behaupten, sie hätten mich über meine Rechte aufgeklärt. Ein jüngerer Bulle hat mich dann auch nochmal angerufen, damit ich nochmal erzähle, was passiert ist. Die ganze Zeit wollte er ein Geständnis aus mir rausquetschen. Die Fragen waren absichtlich so gestellt, dass ich mich einfach nur belaste, wenn ich sie beantworte.

Rote Post: Hattest du schon mal ähnliche Erlebnisse mit der Polizei?

Gali: Drei Wochen davor wurde ich schon mal von den Cops aufgehalten wegen Corona-Kontrollen. Dabei zeigten sie durch rassistische Äußerungen ihr wahres Gesicht. Als ich 13 war, habe ich mal meine Straßenbahnfahrkarte vergessen und wurde dann von den Kontrolleuren mit in deren Büro genommen. Dort sollte ich meinen Namen aufschreiben, als ich das gemacht hatte, haben sie gesagt, dass sie jetzt die Polizei rufen müssen. Ein Polizist hat mich dann dort vor Ort auf den Toiletten kontrolliert. Sie haben mir erklärt, dass sie mich mitnehmen müssen auf die Wache. Als ich mich aber geweigert habe und einfach von meiner Mutter abgeholt werden wollte, haben sie mir Handschellen angelegt und mich auf den Boden geworfen. Ein 13-jähriges Mädchen! Auf der Wache haben sie mich dann wegen eines Fahrscheins in eine Einzelzelle gesteckt. Meiner Mutter haben sie dann extra nochmal die Zelle gezeigt um ihr Angst zu machen.

Rote Post: In letzter Zeit hört man immer häufiger von vergleichbaren Erlebnissen und wie sich Jugendliche dagegen wehren. Woran glaubst du liegt das?

Gali: Man sieht wie der Staat den Bullen die Freiheit gibt, alles zu machen, ohne dafür belangt zu werden. Offensichtlich gibt es systematischen Rassismus, was man ja daran sieht, dass immer nur Ausländer kontrolliert werden. Weil viele Jugendliche davon betroffen sind, kommt es zu diesen Aufständen wie zum Beispiel in Stuttgart oder Frankfurt. Was dazu kommt ist die aktuelle Krise und die Probleme, die für die Massen daraus resultieren. Die Hälfte von meiner Abschlussklasse hat zum Beispiel keine Ausbildungsstelle gefunden. Die Lage spitzt sich ja auch nicht nur in Europa zu und die Leute merken, dass es nicht mehr weitergehen kann wie bisher. Deshalb bewegt sich gerade so viel und der Staat übt so massiv Gewalt aus. •

FILM: BREAKING WITH OLD IDEAS – REZENSION

Viele von uns haben nie eine große Wahl gehabt, was für einer Tätigkeit sie im Leben nachgehen werden. In der BRD zählt nur, was auf dem Papier steht: Ob Studium, ein gutbezahlter Job oder eine Spezialisierung auf einen Bereich – dafür fehlt meistens der Abschluss, den man hätte bekommen müssen, und man macht in der Folge die Drecksjobs. Die Weichen werden dafür früh gestellt: Nachdem bereits viele Kinder gar keine Möglichkeit haben, einen Kindergarten zu besuchen, sorgt die Einteilung im Schulsystem jahrelang dafür, dass Kinder und Jugendliche mit völlig unterschiedlichen Möglichkeiten aufwachsen. Eine gute Bildung für alle ist im Imperialismus nicht möglich. Um das zu erkämpfen, ist nicht nur eine sozialistische Revolution notwendig, sondern auch eine Revolution im Bildungswesen, die die Rückstände und Ideen des bürgerlichen Bildungssystems beseitigt. Diese Tatsache steht bei einem der wichtigsten der uns bekannten Filme aus dem sozialistischen China im Mittelpunkt: *„Breaking with old Ideas"*.

„Breaking with old Ideas" wurde 1975 inmitten der Großen Proletarischen Kulturrevolution veröffentlicht. Die Kulturrevolution war Werk des Vorsitzenden Mao, Führer der Kommunistischen Partei Chinas, zur Verteidigung der Herrschaft der Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter gegen die Revisionisten, die versuchten, innerhalb der Partei die Oberhand zu gewinnen und damit den Kapitalismus zu restaurieren, also langfristig wiederherzustellen. Die Revisionisten stützten sich auf die Überbleibsel der Herrschaft des Imperialismus in China. So war die Wirtschaft längst sozialistisch und im Dienste der Arbeiterklasse, die Kultur hingegen in weiten Teilen noch fest in bürgerlichen Händen – so auch die Bildung. Um der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie ihre letzte Grundlage zu nehmen und die Revolution entgegen der Restauration vorwärts zu bringen, wurde Kampf gegen die bürgerlichen Ideen im Volk geführt. „Breaking with old Ideas" ist Ausdruck dieses Kampfes. Der Film beschreibt, wie in Fragen der Bildung bürgerliche Ideologie bekämpft, bürgerliche Standpunkte kritisiert und das Bildungswesen auf dieser Grundlage umgestaltet wird.

Die Handlung spielt im Jahr 1958, während die Volksrepublik China mit dem „Großen Sprung nach Vorne" den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft vorantreibt. In vielen Städten hat es bereits einen unvergleichlichen Aufschwung der industriellen Produktion und des Wohlstands gegeben, auf dem Land dagegen müssen viele Bauern noch gegen die Rückstände des Feudalismus kämpfen. In einer solchen Situation ist die Universität für kommunistische Arbeit in Jiangxi, einer Provinz im Südosten Chinas, in einer Volkskommune auf dem Land eröffnet worden, um den Bauern in der Region eine angemessene Möglichkeit zur Bildung zur

Long Guotheng bei der Immatrikulation der Studenten aus der Kommune

Verfügung zu stellen. Nun wird als neuer Rektor Long Guozheng von der Antijapanischen militärischen und politischen Universität eingestellt, der die Linie der Kommunistischen Partei Chinas vertritt. Seine Methoden, die Bildung der Massen voranzubringen, stoßen bei den alten Professoren, die die bürgerliche Ideologie vertreten, schnell auf Widerstand. Da Long Guozheng die alten Methoden kritisiert, jedem aus den Reihen der arbeitenden Klassen, der ein aufrichtiges Interesse am Studium hat, einen Platz zusichert und das Studium mit praktischer Arbeit verbindet, gewinnt er rasch das Vertrauen der Massen. So entwickelt sich schnell ein Kampf zwischen bürgerlichen und proletarischen Ideen in der Bildung, den die Schüler gegen die alten Professoren führen. Dabei werden mehrere zentrale Ideen der bürgerlichen Bildung immer wieder kritisiert. Eine davon ist, dass nur wenigen Leuten aus der Kommune ein Studium gewährleistet wird; dass die alten Professoren den Kreis an Studenten so gering wie möglich halten wollen. Ist das heutzutage bei uns nicht genau so? Wird der Großteil nicht immer noch durch bürokratische Auflagen und unverständliche theoretische Tests von den Universitäten ferngehalten?

Ein bisschen zugespitzt: Die Einen gehen auf ein Gymnasium in einem reichen Viertel, wo es genug Lehrer, saubere und nicht überfüllte Räume, ausreichend Material und Angebote zu Ausflügen, Klassenfahrten, Projektwochen etc. gibt. Die Anderen gehen zu einer Realschule am Stadtrand mit schimmeligen Räumen, Lehrermangel, schlechter Ausstattung und ohne besondere Angebote. Dazu kommt, dass im ersten Fall die Eltern deutlich eher die Zeit, beim Lernen zu helfen, und das Geld, Material zu besorgen, Nachhilfe zu organisieren und Klassenfahrten zu bezahlen usw usf., haben. Das ist für viele von uns überhaupt nicht denkbar. Weil sich niemand um unsere Bildung gekümmert hat, ist oft nach der 10. Klasse Schluss, da man danach keine Perspektive mehr hat, weil man in der Schule bisher viel weniger gelernt hat als andere mit mehr Geld. Und wer heutzutage gar keine Möglichkeit hat, eine Oberstufe zu besuchen und Abitur zu machen, der darf auch nicht studieren. Das ist der Plan der Herrschenden – eine Minderheit hat Zugang zur „akademischen Bildung", der Mehrheit wird der verwehrt, sodass sie letztlich keine Wahl haben und sich in den meisten Fällen zu billigen Arbeitskräften machen müssen, wovon die herrschende Klasse profitiert. Daher tut sie alles, um dieses Bildungssystem so aufrechtzuerhalten – Bildung im Imperialismus. In „Breaking with old Ideas", und im Bildungssystem im Sozialismus, ist der Ansatz ein ganz anderer: Die jungen Arbeiter und Bauern, die Interesse am Studium haben, werden unabhängig von ihrem bisherigen Bildungsstand immatrikuliert. Die notwendigen Kenntnisse, die die Studenten nicht gelernt haben, werden kollektiv wiederholt. Nach kurzer Zeit beginnen die Studenten in der Kommune, große Fortschritte zu machen. Das ist die proletarische Idee der Bildung – Bildung ist für jeden gleichermaßen und nicht für ein paar wenige, die man sich rauspickt, während der Rest aussortiert wird. Der Kampf der Schüler, um auf diesem Weg weiter zu lernen, ist auch der Kampf, der hier in der BRD bereits in den Schulen entwickelt werden muss. Die Schüler müssen sich dagegen wehren, von Anfang an nur unter den schlechtesten Bedingungen lernen zu können, keine Betreuung in den Schulen zu haben, zu Schulen am anderen Ende der Stadt fahren zu müssen und dass in einem Fach ein halbes Jahr einfach mal der Unterricht ausfällt. Dazu gehört es, die Vernachlässigung der Schulbildung öffentlich zu denunzieren, Kritik an reaktionären Lehrern zu entwickeln, Agitation auf den Schulhöfen zu betreiben und klare Forderungen zu stellen: Die Arbeiter haben ein Recht auf gute Bildung.

„Breaking with old Ideas" ein sehr guter, korrekter und empfehlenswerter Film, der den revolutionären Geist und das Bedürfnis nach einer Revolution im Bildungswesen im Zuschauer mit Sicherheit stärken wird. Er ist ein Beweis dafür, dass die Massen ohne gute Bildungsmöglichkeit nicht „dumm" sind, und das Recht haben, für eine für alle zugängliche Bildung und für ein System, in dem alle von Anfang an gleichermaßen so erzogen werden, zu kämpfen. Deshalb ist er für uns heute noch sehr lehrreich, wenn wir die Forderungen für unsere Bildungsmöglichkeiten aufstellen und den Kampf, dass die Arbeiter die Bildung bekommen, die sie verdienen, führen. Die Erfahrungen aus der Kulturrevolutionen sind für die Schüler auch heute noch eine Waffe, mit der dieser Kampf gemacht wird.

Der Film ist auf Youtube unter Eingabe des Titels in chinesischer Sprache mit englischen Untertiteln direkt zu finden. Wenn sich Leser besonders für den Film begeistern lassen können, freuen wir uns aber natürlich auch über die Initiative, die Untertitel ins Deutsche zu übersetzen und uns (*rotepost@gmx.de*) zukommen zu lassen. •

DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:

ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM OKTOBER

BREMEN:

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

FREIBURG:

Café Popular - Linkes Zentrum iadelante!
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat - 13 Uhr

HAMBURG:

Demonstration zum 3. Oktober:
„Gegen den Polizeistaat BRD: Kämpft und wehrt euch!"
3. 10. | 17:30 Uhr | Rote Flora